

Plenarsitzung
TOP 7 zum Thema Fahrverbote
Rede Bodo Middeldorf am 15. September 2017

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wenn man den Antrag der SPD so liest, dann könnte man meinen, Sie hätten in den vergangenen Jahren massive Anstrengungen unternommen, um Fahrverbote zu verhindern.

Ich bin in diesem Hause ja noch neu, aber ich muss Ihnen sagen, gefunden habe ich bei meinen Recherchen nichts, keine Initiativen, keine Programme, keine Aktivitäten, nichts.

Fakt ist: Im Jahre 2010, also in dem Jahr, als Sie die Regierungsgeschäfte in NRW übernommen haben, ist die EU-Richtlinie zu den Grenzwerten in Innenstädten in deutsches Recht übertragen worden.

Und seitdem haben Sie nichts, aber auch gar nichts unternommen, um drohende Fahrverbote abzuwenden. Der neuen Landesregierung vor diesem Hintergrund nach 77 Tagen im Amt Untätigkeit vorzuwerfen, zeigt ihre ganze Hilflosigkeit bei diesem Thema.

Und das gilt nicht nur für die Landesebene.

Ihre Bundesumweltministerin arbeitet ja augenscheinlich nach derselben Devise. Kommunen und Autofahrer werden durch immer neue Gutachten massiv verunsichert und werden schon allein durch die laufende Debatte auf kaltem Weg enteignet. Lösungen – Fehlanzeige.

Besonders bemerkenswert an Ihrem Antrag ist, dass sich nahezu alle Ihre Beschlussvorschläge ausschließlich auf Maßnahmen beziehen, die man auf Bundesebene umsetzen müsste. Ja, dann machen Sie es doch endlich – Sie regieren doch in Berlin! Wir wären ja sehr dankbar dafür, wenn Sie endlich tätig würden!

Und wer sitzt denn im Aufsichtsrat von Volkswagen.

Es war doch Ihr niedersächsischer SPD-Ministerpräsident, der sich an entscheidender Stelle für die Rechte der Verbraucher hätte einsetzen können.

Er hat es aber nicht getan.

Jetzt lamentieren Sie hier kurz vor der Bundestagswahl und wollen damit von Ihrer eigenen Untätigkeit ablenken. Das Schlimme daran ist, dass Sie durch Ihre Weigerung, sich in der Vergangenheit mit diesem Thema zu beschäftigen, die Situation nun massiv verschärft haben. Heute ist uns durch Ihr Nichtstun das Heft des Handelns fast vollständig aus der Hand genommen worden.

Das zeigt, welch geringen Stellenwert Sie der Sicherung individueller Mobilität in Wahrheit beimessen.

Auf allen Ebenen sind Sie für die augenblickliche Situation verantwortlich – das ist Ihre rot-grüne Hinterlassenschaft.

Man könnte Ihnen fast dankbar sein für Ihren Antrag, weil die Menschen in diesem Land auf diese Weise endlich vor Augen geführt bekommen, was Sie alles liegengelassen haben.

Den Versuch, Ihre Verantwortung jetzt auf die neue Landesregierung abzuwälzen, werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

Fahrverbote, meine Damen und Herren, sind unter allen Umständen zu vermeiden. Sie schränken die individuelle Mobilität ein, sie vernichten Vermögen, und sie hätten auch wirtschaftspolitisch katastrophale Folgen, übrigens auch für die Entwicklung der betroffenen Städte.

Für viele Menschen ist die Anschaffung des Autos eine der größten Finanzentscheidungen ihres Lebens.

Sie müssen darauf vertrauen können, dass ihre einmal getroffene Entscheidung – zu der die Politik sie im Falle des Diesels ja auch geradezu animiert hat – Bestand hat.

Ich will gleichzeitig deutlich sagen: Selbstverständlich muss es darum gehen, die Gesundheit der Menschen in den belasteten Innenstädten zu schützen.

Aber Fahrverbote halten wir für das schlechteste aller Instrumente.

Unsere Handlungsmaxime dagegen ist: Wir wollen individuelle Mobilität sichern.

Wir wollen und werden den Menschen nicht vorschreiben, wie wann und wohin sie sich fortbewegen wollen.

Und die neue Landesregierung handelt entsprechend. Und zwar ideologiefrei und pragmatisch.

Der Ministerpräsident hat sich frühzeitig mit den Oberbürgermeistern der betroffenen Kommunen an einen Tisch gesetzt und auf dem zweiten nationalen Dieseltreffen in Berlin erreichen können, dass der Bund noch einmal eine erhebliche Summe zur Lösung des Problems beisteuert.

Ohne Verzögerung hat der NRW-Wirtschaftsminister zur Reduzierung von Emissionsbelastungen ein umfangreiches Paket zur Entwicklung innovativer Mobilitätskonzepte und ein Sofortprogramm zur Förderung der Elektromobilität aufgelegt.

Und die NRW-Koalition geht jetzt noch einen Schritt weiter: Mit unserem Antrag werden wir die Landesregierung beauftragen, ein Bündel weiterer Maßnahmen auf den Weg zu bringen, um die Versäumnisse der letzten Jahre aufzufangen.

Es geht jetzt darum, mit den Mitteln des Bundes solche Aktivitäten anzuschieben, die uns helfen, schnell und nachhaltig handeln zu können.

Wir sind uns dabei sehr bewusst, dass die Entscheidungen nun an vielen Stellen von Gerichten getroffen werden.

Aber Anspruch unseres Handelns ist, dass sich das Land jetzt nicht weiter zurücklehnen darf – so wie rot-grün es über Jahre getan hat.

Wir wollen alle Möglichkeiten ausschöpfen, um – zur Not auch im Einzelfall – Problemlösungen zu erreichen.

Wir tun das unter einer wichtigen Prämisse: Bevor es zu einer Betroffenheit privater Fahrzeuge kommt, sind alle städtebaulichen und verkehrslenkenden Maßnahmen sowie die Möglichkeiten bei öffentlichen Verkehren auszuschöpfen.

Dabei gilt für uns auch hier der Grundsatz der Technologieoffenheit. Ausdrücklich wollen wir im Vertrauen auf die Kompetenz und Kreativität unserer Ingenieure Raum schaffen für innovative und unkonventionelle Lösungsansätze.

Deshalb werden wir übrigens auch den AfD-Antrag ablehnen. So wie wir kein Verbot von Technologien wollen, geben wir auch keine Garantien.

Deshalb ist eine Verteufelung der Dieseltechnologie genauso falsch wie ein staatlich verordnetes Festhalten an bestehenden Antrieben.

Wir suchen bei all unseren Bemühungen den Schulterchluss mit den betroffenen Kommunen.

Es muss jetzt darum gehen, die vorhandenen Kenntnisse vor Ort systematisch zu nutzen und vor allem in konkrete Maßnahmen umzusetzen.

Meine Damen und Herren,

CDU und FDP werden die Kommunen, die Pendler und die Unternehmen nicht im Regen stehen lassen.

Das zeigen wir mit den bereits angeschobenen Aktivitäten und das zeigen wir mit unserem Entschließungsantrag.

Und wenn Sie als Opposition an echten Lösungen und nicht nur an Schaukämpfen interessiert sind, dann stimmen Sie dem Antrag ebenfalls zu.